

**Dr. Bitz Dr. Ring Dr. Schlotter GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft**

Krefeld

B e r i c h t

**über die
Prüfung der Bücher und des Abschlusses
für das Geschäftsjahr vom
1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022**

**econsense -
Forum Nachhaltige Entwicklung der
Deutschen Wirtschaft e.V.,
Berlin**

INHALTSVERZEICHNIS

| HAUPTTEIL | Seite |
|---|--------------|
| A. Prüfungsauftrag und Auftragsdurchführung | 1 |
| I. Prüfungsauftrag | 1 |
| II. Auftragsdurchführung | 1 |
| B. Rechtliche Verhältnisse | 2 |
| C. Grundsätze der Rechnungslegung | 6 |
| D. Steuerliche Verhältnisse | 6 |
| E. Wirtschaftliche Geschäftsbetriebe | 7 |
| F. Schlussbemerkung und Prüfungsvermerk | 8 |
| ERLÄUTERUNGSTEIL | |
| Erläuterungen und Aufgliederungen der Posten des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2022 | |
| Bilanz zum 31. Dezember 2022 | |
| A k t i v a | 9 |
| A. Anlagevermögen | 9 |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | 9 |
| II. Sachanlagen | 9 |
| Geschäftsausstattung | 9 |
| B. Umlaufvermögen | 10 |
| I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 10 |
| 1. Beitragsforderungen | 10 |
| 2. Sonstige Vermögensgegenstände | 10 |
| II. Flüssige Mittel | 10 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 10 |

| | Seite |
|---|--------------|
| P a s s i v a | 11 |
| A. Eigenkapital | |
| I. Gewinnvortrag | 11 |
| II. Jahresüberschuss | 11 |
| B. Rückstellungen | 11 |
| Sonstige Rückstellungen | 11 |
| C. Verbindlichkeiten | 12 |
| 1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 12 |
| 2. Sonstige Verbindlichkeiten | 12 |
| D. Rechnungsabgrenzungsposten | 12 |

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022**

| | |
|--|----|
| 1. Mitgliedsbeiträge | 13 |
| 2. Sonstige Erträge | 13 |
| 3. Personalaufwand | 14 |
| 4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen | 14 |
| 5. Sachaufwendungen | 14 |
| 6. Steuern vom Einkommen und Ertrag | 15 |
| 7. Jahresüberschuss | 15 |

A N L A G E N

| | |
|-----------|---|
| Anlage 1: | Bilanz zum 31. Dezember 2022 |
| Anlage 2: | Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022 |
| Anlage 3: | Hinweise zu Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt |
| Anlage 4: | Allgemeine Auftragsbedingungen |

Hauptteil

A. Prüfungsauftrag und Auftragsdurchführung

I. Prüfungsauftrag

Tz. 1 Die Geschäftsführung des

econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e.V.,
– im Folgenden kurz „Verein“ oder „econsense“ genannt –

erteilte uns im Namen des Vorstands den Auftrag, den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022 zu prüfen. Die Prüfung soll sich nur darauf erstrecken, dass Buchführung und Jahresabschluss den Grundsätzen einer ordnungsmäßigen Rechnungslegung entsprechen (keine Prüfung analog den §§ 316 ff. HGB).

II. Auftragsdurchführung

Tz. 2 Die Prüfung wurde im April 2022 in unseren Büroräumen durchgeführt.

Zur Prüfung lagen vor:

- Jahresabschluss zum 31.12.2022,
- Saldenliste zum 31.12.2022,
- Journal, Sach- und Personenkonten 2022,
- Belege und Rechnungen 2022,
- Satzung vom 10.02.2004, zuletzt geändert durch die Mitgliederversammlung am 09.12.2021,
- Protokolle der Vorstandssitzungen vom 22.03., 29.06., 20.09. und 01.12.2022,
- Protokolle der Lenkungskreissitzungen des Jahres 2022,
- Protokoll der Mitgliederversammlung vom 29.06.2022,
- Vereinsregisterauszug (letzte Eintragung vom 23.09.2021).

Tz. 3 Die Erstellung der Buchführung und des Jahresabschlusses erfolgten durch die Grant Thornton AG, Berlin.

Tz. 4 Wir haben geprüft, ob der erstellte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022 den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung entspricht. Darüber hinaus waren unsere Prüfungshandlungen darauf gerichtet, uns ein Urteil über die Einhaltung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung hinsichtlich der vom Verein geführten Bücher unter Berücksichtigung der in Tz. 12 dargestellten Grundsätze der Rechnungslegung zu ermöglichen.

Feststellungen im Hinblick auf die Beachtung sonstiger rechtlicher Vorschriften waren nicht Gegenstand unseres Auftrags.

Art und Umfang der Prüfungshandlungen haben wir in unseren Arbeitspapieren festgehalten.

Tz. 5 Bei unserer Prüfung standen uns die Bücher und Schriften des Vereins sowie Urkunden und Verträge uneingeschränkt zur Verfügung. Alle erbetenen Auskünfte erteilten uns die Geschäftsführung sowie die uns genannten Sachbearbeiter. Die Vollständigkeit der Buchführung und des Jahresabschlusses hat uns die Geschäftsführung in einer schriftlichen berufssüblichen Vollständigkeitserklärung bestätigt.

Tz. 6 Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit, auch im Verhältnis zu Dritten, gelten die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2017, herausgegeben vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW). Sie sind diesem Bericht als **Anlage 4** beigelegt. Ergänzend verweisen wir insbesondere auf die dort in Ziffer 9 enthaltenen Haftungsbestimmungen und auf die als **Anlage 3** beigelegten zusätzlichen „Hinweise zu Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt“.

B. Rechtliche Verhältnisse

Tz. 7 Der Verein ist rechtsfähig und im Vereinsregister des Amtsgerichts Charlottenburg unter Nr. VR 23399 B am 27.04.2004 eingetragen.

Sitz des Vereins ist Berlin.

Die Satzung wurde am 10. Februar 2004 errichtet. Die aktive Tätigkeit des Vereins begann am 01.03.2004. Die Satzung wurde durch Beschluss der Mitgliederversammlung am 06.03.2014 (Änderung betrifft § 5 Mitgliedschaft), durch Beschluss der Mitgliederversammlung am 21.05.2014 (Änderung betrifft § 4 Beginn und Ende der

Mitgliedschaft), durch Beschluss der Mitgliederversammlung am 28.10.2016 (Änderung betrifft § 2 Zweck des Vereins, § 5 Mitgliedsbeiträge und § 8 Vorstand, Vertretung), durch Beschluss der Mitgliederversammlung vom 18.09.2019 (Änderung betrifft § 8 Vorstand, Anzahl der Mitglieder) und zuletzt durch Beschluss der Mitgliederversammlung vom 09.12.2021 (Änderung betrifft § 9 Vorstandswahl; § 12 Besondere Bestimmungen für die Mitgliederversammlung und § 15 Protokolle, Nichtigkeit von Beschlüssen) geändert.

Tz. 8

Zweck des Vereins ist gem. § 2 der Satzung die Wahrnehmung der Interessen von international tätigen Unternehmen und Unternehmensverbänden der Wirtschaft im Zusammenhang mit der Pflege und umfassenden Förderung des Leitbildes der „Nachhaltigen Entwicklung“ auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene. Das Prinzip der Nachhaltigkeit bedeutet den Ausgleich und die Integration ökonomischer, gesellschaftlicher und ökologischer Ziele auch unter den Bedingungen globaler Verantwortung und der Vorsorge für nachfolgende Generationen. Der Verein wird mit anderen nationalen und internationalen Organisationen Beziehungen sowie Informations- und Gedankenaustausch pflegen und gegebenenfalls gemeinsam mit ihnen Belange der Mitglieder wahrnehmen. Er soll durch Öffentlichkeitsarbeit Kontakt zur Presse halten und die Öffentlichkeit, Politik und Medien über Probleme, Erkenntnisse, Anliegen und Wünsche des Vereins und seiner Mitglieder in Bezug auf den Satzungsgegenstand in Kenntnis setzen.

Tz. 9

Organe (§ 6 der Satzung) des Vereins sind:

1. Mitgliederversammlung,
2. Vorstand,
3. Kuratorium,
4. Lenkungskreis.

zu 1.: Mitgliederversammlung

Die ordentliche Mitgliederversammlung findet einmal jährlich statt. Sie ist gemäß § 7 Abs. 3 i.V.m. § 5 Abs. 2 der Satzung insbesondere zuständig für:

- die Wahl der Mitglieder des Vorstandes,
- die Festsetzung der Beiträge (jährlich),
- die Genehmigung des Haushaltsplans,
- die Genehmigung der Jahresabrechnung sowie die Entlastung von Vorstand und Geschäftsführung sowie
- Satzungsänderungen und die Auflösung des Vereins.

Die letzte ordentliche Mitgliederversammlung fand am 29.06.2022 statt.

Dabei wurden folgende Beschlüsse gefasst:

- Feststellung des Jahresabschlusses 2021,
- Entlastung von Vorstand und Geschäftsführung für das Jahr 2021,
- Wahl des Vorstandes,
- Festsetzung der Mitgliederbeiträge für das Jahr 2023 auf unverändert € 20.452,00,
- Änderung der Anforderungskriterien für eine Mitgliedschaft (vorbehaltlich einer finalen juristischen Prüfung).

zu 2.: Vorstand

Der Vorstand besteht gem. § 8 der Satzung aus dem Vorsitzenden und mindestens einem Stellvertreter. Er kann auf bis zu 10 Mitglieder erweitert werden und leitet den Verein.

Vertretung: Im Außenverhältnis vertritt jedes Mitglied des Vorstandes den Verein allein; im Innenverhältnis dürfen andere Vorstandsmitglieder als der Vorsitzende von ihrer Vertretungsbefugnis nur Gebrauch machen, wenn dieser verhindert ist.

Die Mitglieder des Vorstands werden für die Dauer von drei Jahren bis zur nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung gewählt. Die Wahl eines Nachfolgers eines ausscheidenden Mitglieds für den Rest der Amtszeit ist zulässig.

Der Vorstand setzt sich zum Prüfungszeitpunkt (April 2023) wie folgt zusammen:

Prof. Dr. Christof Ehrhart
Corporate Department Communications and Governmental Affairs
Robert Bosch GmbH

Dr. Thomas Koenen
Geschäftsführer econsense und Leiter der Abteilung
Digitalisierung und Innovation
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)

Herr Ralf Pfitzner (bis zum 31.03.2023)
Leiter Nachhaltigkeit Konzern
Volkswagen AG

Daniel Schmid, Vorstandsvorsitzender
Chief Sustainability Officer
SAP SE

Thorsten Pinkepank
Director Sustainability Relations
BASF SE

Dr. Lothar Rieth
Head of Sustainability
EnBW

Markus Strangmüller
Leiter Nachhaltigkeitsmanagement
Siemens AG

Frau Katharina Tillmanns-Pelzer
Head of Sustainability
Sartorius AG

Frau Katarin Wagner
Head of Corporate Sustainability
HSBC

Tz. 10 Geschäftsführung (i.S.d. § 30 BGB):

Dr. Thomas Koenen, Berlin (geschäftsführendes Vorstandsmitglied),
Nadine-Lan Hönighaus (Geschäftsführerin; bis 31.12.2022).

Tz. 11 Gemäß § 16 der Satzung wird zur Erledigung der laufenden Geschäfte des Vereins eine Geschäftsführung eingerichtet. Mitglieder der Geschäftsführung haben hinsichtlich der ihnen zugewiesenen Aufgaben Vertretungsmacht i.S.d. § 30 BGB. Das Aufgabengebiet der Geschäftsführung umfasst die Öffentlichkeitsarbeit, Repräsentanz gegenüber anderen nationalen und internationalen Organisationen und Unternehmen sowie die Führung aller im Zusammenhang mit der Geschäftsstelle stehenden Geschäfte.

Tz. 11a Sitzungen des Vorstands:

Vorstandssitzungen haben stattgefunden am 22.03., 29.06., 20.09. und 01.12.2022.

C. Grundsätze der Rechnungslegung

Tz. 12

Für den Verein in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins ist rechtlich nur eine Rechnungslegung in Form einer Einnahmen- und Ausgabenrechnung mit den Erfordernissen eines Nachweises von Ist-Zahlen im Vergleich zu vorgegebenen Soll-Zahlen des Haushaltsplans erforderlich. Der Verein legt jedoch zum Zwecke größerer Transparenz freiwillig Rechenschaft ab in Form einer Bilanz und einer Gewinn- und Verlustrechnung.

Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung werden analog zu den Vorschriften für kleine Kapitalgesellschaften (§§ 266, 275 HGB) erstellt.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den Vorschriften der §§ 252 bis 256a HGB.

Da sich die Rechnungslegung von econsense auch an den Erfordernissen des Etats zu orientieren hat, ergeben sich gegenüber den handelsrechtlichen Gepflogenheiten bei der Erstellung eines Jahresabschlusses Besonderheiten.

Anschaffungen im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden bis 2012 und werden wieder seit 2019 aktiviert und unter Zugrundelegung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. In den Jahren 2013-2018 wurden sie im Jahr der Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben.

Aktive Rechnungsabgrenzungen werden aus Vereinfachungsgründen ab dem Jahre 2022 nicht mehr vorgenommen, da sie in der Vergangenheit von untergeordneter Bedeutung waren.

D. Steuerliche Verhältnisse

Tz. 13

Der econsense - Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e.V. wird beim Finanzamt Berlin für Körperschaften I unter der Steuernummer 27/664/53896 geführt.

Der Verein ist steuerpflichtig. Gemäß § 8 Abs. 5 KStG bleiben jedoch Mitgliedsbeiträge bei der Ermittlung des Einkommens außer Ansatz.

Die Veranlagungen zur Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer 2022 sind im Jahre 2022 erfolgt.

Zu den in 2022 unterhaltenen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben vgl. Tz. 13a/b/c/d, Tz. 30 und 36.

E. Wirtschaftliche Geschäftsbetriebe

econsense hat im Geschäftsjahr 2022 folgende steuerpflichtige Geschäftsbetriebe unterhalten:

ecolution

Tz. 13a In 2022 fand die ecolution erstmals wieder statt.

Initiative für nachhaltige Liefernetzwerke

Tz. 13b Das von econsense in Kooperation mit der DEG und dem WZGE Wittenberg-Zentrum für Globale Ethik verantwortlich durchgeführte Projekt „econchain – German Business Initiative for Sustainable Value Chains“ beinhaltet:

- Lieferanten-Trainings für wichtige lokale Lieferanten zu ausgewählten Spezialthemen in China und Mexiko,
- Aufbau lokaler Nachhaltigkeits-Hub für deutsche und lokale Unternehmen gemeinsam mit lokalen Partnern mit Angebot zur Förderung von Erfahrungsaustausch und politischem Diskurs.

Kompetenzprogramm Nachhaltigkeit

Tz. 13c Das Kompetenzprogramm Nachhaltigkeit umfasst die Vermittlung von praxisbezogenem Wissen und Methoden, die gezielte inhaltliche Vertiefung von relevanten Nachhaltigkeitsthemen, passgenaue mittelstandsrelevante Informationen und Updates, den Austausch zwischen Expert*innen und die Möglichkeit zum Netzwerken.

Dienstleistungen

Tz. 13d Mitarbeiter von econsense haben Vorträge gegen Entgelt gehalten. In diesem Zusammenhang wurden auch entstandene Reisekosten weiterbelastet.

F. Schlussbemerkung und Prüfungsvermerk

Tz. 14

Der uns zur Prüfung vorgelegte Jahresabschluss ist unter Wahrung des Bilanzensammenhangs aus der Buchführung abgeleitet. Das Belegwesen ist geordnet; die Belege sind leicht auffindbar abgelegt. Das Rechnungswesen entspricht den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung. Die Geschäftsführung hat alle von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise erbracht. Die Vollständigkeit der in der Buchführung enthaltenen Geschäftsvorfälle und des Jahresabschlusses wurde uns in einer schriftlichen Erklärung bestätigt. Wegen der Rechnungslegungsgrundsätze vgl. Tz. 12.

Die Bilanz zum 31. Dezember 2022 schließt auf der Aktiv- und Passivseite ab mit

€ 813.373,08

und weist übereinstimmend mit der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. - 31.12.2022 einen Jahresüberschuss aus in Höhe von

€ 128.967,35.

Tz. 15

Wir erteilen daher dem Abschluss des econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e.V., Berlin, für das Geschäftsjahr 2022 gemäß **Anlagen 1 und 2** den folgenden Prüfungsvermerk:

"Die Buchführung und der Jahresabschluss entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den Grundsätzen einer ordnungsmäßigen Rechnungslegung".

Krefeld, den 20. April 2023

Dr. Bitz Dr. Ring Dr. Schlotter GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft


(Dr. Pferdenges)
Wirtschaftsprüfer

ERLÄUTERUNGSTEIL

**Erläuterungen und Aufgliederungen der Posten des Jahresabschlusses zum
31. Dezember 2022**

Bilanz zum 31. Dezember 2022
(Die Bilanz ist diesem Bericht als Anlage 1 beigelegt.)

A k t i v a

A. Anlagevermögen

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

(Vorjahr: € 6.807,00
€ 7.828,00)

| <u>Tz. 16</u> | Entwicklung: | 2022 | 2021 |
|---------------|------------------------------|------------------------|------------------------|
| | | € | € |
| | Stand 1.1. | <u>7.828,00</u> | <u>8.851,00</u> |
| | Zugang | 0,00 | 0,00 |
| | Abschreibung | <u>-1.021,00</u> | <u>-1.023,00</u> |
| | Stand 31.12. - unverändert - | <u><u>6.807,00</u></u> | <u><u>7.828,00</u></u> |

Tz. 17 Der Posten betrifft insbesondere die Kosten für die Erstellung der Website "econchain.de".

Die Abschreibung erfolgt linear über 10 Jahre.

II. Sachanlagen

Geschäftsausstattung (Vorjahr: € 50.941,00
€ 58.413,00)

| <u>Tz. 18</u> | Entwicklung: | 2022 | 2021 |
|---------------|--------------|-------------------------|-------------------------|
| | | € | € |
| | Stand 1.1. | <u>58.413,00</u> | <u>7.775,00</u> |
| | Zugänge | 0,00 | 56.633,06 |
| | Abgänge | 0,00 | -3,00 |
| | Abschreibung | <u>-7.472,00</u> | <u>-5.992,06</u> |
| | Stand 31.12. | <u><u>50.941,00</u></u> | <u><u>58.413,00</u></u> |

Tz. 19 Die Abschreibungen erfolgen linear über 3 bis 13 Jahre.

Die Anschaffungen in den Geschäftsjahren 2013-2018 wurden in Übereinstimmung mit dem Etat im Zugangsjahr voll abgeschrieben (vgl. Tz. 12). Ab dem Jahr 2019 erfolgt die Abschreibung wieder auf der Grundlage der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern.

B. Umlaufvermögen

I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. Beitragsforderungen € 689,53
(Vorjahr: € 35.565,00)

Tz. 20 Der Posten betrifft Beiträge von zwei Mitgliedsunternehmen und eine Teilnahmegebühr für das Kompetenzprogramm Nachhaltigkeit. Im Zeitpunkt der Prüfung waren die Forderungen beglichen.

2. Sonstige Vermögensgegenstände € 24.578,73
(Vorjahr: € 34.899,96)

| <u>Tz. 21</u> Zusammensetzung: | 31.12.2022 | 31.12.2021 |
|--|------------------|------------------|
| | € | € |
| a) Künstlersozialkasse | 0,00 | 479,73 |
| b) noch nicht verrechenbare Vorsteuer | 0,00 | 57,95 |
| c) Umsatzsteuer | 698,50 | 0,00 |
| d) Körperschaftsteuer/SolZ 2021/2022 | 1.996,06 | 7.984,12 |
| e) Gewerbesteuer 2021/2022 | 2.712,00 | 7.232,00 |
| f) Erstattungsansprüche ggü. Lieferanten | 0,00 | 46,68 |
| g) Kautionen | 19.099,43 | 19.099,43 |
| h) Übrige | 72,74 | 0,05 |
| | <u>24.578,73</u> | <u>34.899,96</u> |

II. Flüssige Mittel € 730.356,82
(Vorjahr: € 606.034,32)

| <u>Tz. 22</u> Zusammensetzung: | 31.12.2022 |
|--|-------------------|
| | € |
| a) Deutsche Bank AG, Berlin Kto.-Nr. 2394849 00, lfd. Konto | <u>730.356,82</u> |

Der Ausweis stimmt mit dem Saldo lt. den Bankauszug der Deutsche Bank AG, Berlin, zum 31.12.2022 überein.

Zinsen und Spesen sind in alter Rechnung erfasst.

C. Rechnungsabgrenzungsposten € 0,00
(Vorjahr: € 684,88)

Tz. 23 Es handelte sich im Vorjahr um Vorauszahlungen von Kosten des Jahres 2022.

Passiva

A. Eigenkapital

I. Gewinnvortrag

€ **645.679,36**
(Vorjahr: € 447.846,57)

| <u>Tz. 24</u> | Entwicklung: | 2022 | 2021 |
|---------------|------------------|------------|------------|
| | | € | € |
| | Stand 1.1. | 447.846,57 | 400.270,95 |
| | Jahresüberschuss | 197.832,79 | 47.575,62 |
| | Stand 31.12. | 645.679,36 | 447.846,57 |

II. Jahresüberschuss

€ **128.967,35**
(Vorjahr: € 197.832,79)

B. Rückstellungen

Tz. 25 Einstweilen frei.

Sonstige Rückstellungen

€ **18.500,00**
(Vorjahr: € 21.200,00)

| <u>Tz. 26</u> | Entwicklung: | Stand 01.01.2022 | Inanspruch- nahme/ Auflösung | Zu- führung | Stand 31.12.2022 |
|---------------|--|---------------------|------------------------------------|----------------|---------------------|
| | | € | € | € | € |
| a) | Jahresabschlussprüfung/ Steuererklärungen | 18.000,00 | 18.000,00 | 12.500,00 | 12.500,00 |
| b) | Berufsgenossenschaft | 0,00 | 0,00 | 600,00 | 600,00 |
| c) | Mietnebenkosten | 2.000,00 | 2.000,00 | 2.000,00 | 2.000,00 |
| d) | ausstehende Rechnungen | 1.200,00 | 1.200,00 | 3.400,00 | 3.400,00 |
| | | 21.200,00 | 21.200,00 | 18.500,00 | 18.500,00 |

zu a): Jahresabschlussprüfung/Steuererklärungen

Die Inanspruchnahme und Zuführung erfolgte in Anlehnung an die Vorjahresrechnungen.

zu b): Berufsgenossenschaft

Die Bildung der Rückstellung für Berufsgenossenschaftsbeiträge erfolgte auf der Grundlage des Vorauszahlungsbescheides 2022 vom 17.5.2022 und der Gehaltssumme 2022.

C. Verbindlichkeiten

**1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen
und Leistungen**

€ 9.606,36
(Vorjahr: € 23.425,85)

Tz. 27 Der Bilanzausweis erfolgt in Übereinstimmung mit der Saldenliste und dem Sachkonto-Nr. 1600.

2. Sonstige Verbindlichkeiten

€ 10.620,01
(Vorjahr: € 12.215,95)

Tz. 28 Zusammensetzung:

| | 2022 | 2021 |
|--|------------------|------------------|
| | € | € |
| Kreditkartenabrechnung per Dezember 2022 | 60,00 | 329,00 |
| Lohnsteuer 12/2022 | 9.417,03 | 9.494,27 |
| Umsatzsteuer | 0,00 | 706,04 |
| Verbindlichkeiten ggü. Krankenkassen | 1.142,98 | 1.686,64 |
| | <u>10.620,01</u> | <u>12.215,95</u> |

D. Rechnungsabgrenzungsposten

€ 0,00
(Vorjahr: € 40.904,00)

Tz. 29 Betrifft im Vorjahr die Vorauszahlung von Mitgliedsbeiträgen 2022.

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022
(Die Gewinn- und Verlustrechnung ist diesem Bericht als Anlage 2 beigelegt.)

1. Mitgliedsbeiträge € 922.044,32
(Vorjahr: € 813.819,00)

Tz. 30 Lt. Beschluss der Mitgliederversammlung vom 09.12.2021 beträgt der Beitrag pro Mitglied 2022 unverändert € 20.452,00.

Der Verein hatte zum Jahresende 47 Mitglieder.

2. Sonstige Erträge € 190.858,29
(Vorjahr: € 47.921,67)

Tz. 31 Zusammensetzung:

| | <u>2022</u> | <u>2021</u> |
|---|-------------------|------------------|
| | € | € |
| a) Förderbeiträge Initiative für nachhaltige Lieferantennetzwerke (wirtsch. Geschäftsbetrieb, Tz. 13b)) | 0,00 | 20.000,00 |
| b) Erträge aus Veranstaltungen (ecolution 2022 = wirtsch. Geschäftsbetrieb, Tz. 13a)) | 73.176,60 | 0,00 |
| c) Erträge aus Dienstleistungen (wirtsch. Geschäftsbetrieb, Tz. 13d)) | 6.355,24 | 0,00 |
| d) Erträge Kompetenzprogramm Nachhaltigkeit (wirtsch. Geschäftsbetrieb, Tz. 13c)) | 108.368,33 | 23.984,59 |
| e) Erträge aus Auflösung von Rückstellungen | 2.788,06 | 1.430,40 |
| f) Übrige | <u>170,06</u> | <u>2.506,68</u> |
| | <u>190.858,29</u> | <u>47.921,67</u> |

3. Personalaufwand **€ 504.507,01**
(Vorjahr: € 382.866,69)

a) Gehälter

| | | | |
|---------------|---------------------------------|-------------------|-------------------|
| <u>Tz. 32</u> | Zusammensetzung: | 2022 | 2021 |
| | | € | € |
| | a) Gehälter | 496.867,16 | 358.745,52 |
| | b) Sonderzahlungen | 4.643,90 | 11.563,00 |
| | c) Mutterschaftsgeld | 0,00 | 10.532,78 |
| | d) Vermögenswirksame Leistungen | 478,56 | 478,56 |
| | e) Fahrgelder | 2.517,39 | 1.546,83 |
| | | 504.507,01 | 382.866,69 |

b) Soziale Abgaben **€ 103.529,69**
(Vorjahr: € 81.915,05)

| | | | |
|---------------|--|-------------------|------------------|
| <u>Tz. 33</u> | Zusammensetzung: | 2022 | 2021 |
| | | € | € |
| | a) Arbeitgeberanteil Sozialversicherung | 100.286,74 | 80.137,34 |
| | b) Altersversorgung | 1.812,96 | 1.777,44 |
| | c) Berufsgenossenschaft (s. Tz. 26, zu b)) | 1.429,99 | 0,27 |
| | | 103.529,69 | 81.915,05 |

4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen **€ 11.036,94**
(Vorjahr: € 26.594,88)

Tz. 34 Es handelt sich um Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und die Geschäftsausstattung, s. Tz. 16-19.

5. Sachaufwendungen **€ 364.861,74**
(Vorjahr: € 172.531,26)

| | | | |
|---------------|--------------------------------------|-------------------|-------------------|
| <u>Tz. 35</u> | Zusammensetzung: | 2022 | 2021 |
| | | € | € |
| | a) Veranstaltungskosten | 102.523,37 | 9.624,57 |
| | b) Miete und Mietnebenkosten | 90.713,11 | 54.602,79 |
| | c) Werbekosten | 22.653,44 | 9.648,91 |
| | d) Reisekosten | 5.982,86 | 2.467,92 |
| | e) Internet | 26.216,31 | 13.974,89 |
| | f) Übrige | 12.025,79 | 16.546,08 |
| | g) Bewirtungskosten | 1.625,71 | 1.068,51 |
| | h) Buchführung | 14.533,41 | 9.790,23 |
| | i) Mitgliedsbeiträge u.a. CSR EUROPE | 8.631,07 | 7.845,77 |
| | Übertrag: | 284.905,07 | 125.569,67 |

| | | |
|-----------------------------------|-------------------|-------------------|
| Übertrag: | 284.905,07 | 125.569,67 |
| j) Abschlusskosten | 15.049,04 | 19.799,49 |
| k) Rechts- und Beratungskosten | 9.733,90 | 10.306,96 |
| l) Fortbildungskosten | 7.237,67 | 6.130,40 |
| m) Porto, Kurier | 131,92 | 148,26 |
| n) Bürobedarf | 1.417,05 | 289,60 |
| o) Nebenkosten des Geldverkehrs | 1.924,17 | 1.671,14 |
| p) Telefon | 1.964,26 | 2.113,11 |
| q) Mietkosten Möbel/Kopierer etc. | 37.072,50 | 1.759,34 |
| r) Kopien | 196,86 | 0,00 |
| s) Künstlersozialabgabe | 710,60 | 426,66 |
| t) Zeitschriften, Bücher | 4.518,70 | 4.316,63 |
| | <u>364.861,74</u> | <u>172.531,26</u> |

6. Steuern vom Einkommen und Ertrag (Ertrag) € -0,12
(Vorjahr: € 0,00)

Tz. 36 Ertragsteuern fallen nur auf Zinsen und auf die Ergebnisse wirtschaftlicher Geschäftsbetriebe an, weil Mitgliederbeiträge gem. § 8 Abs. 5 KStG sachlich steuerbefreit sind und bei der Einkommensermittlung außer Ansatz bleiben; dies hat zugleich zur Folge, dass Aufwendungen, die in unmittelbarem wirtschaftlichen Zusammenhang mit den Beitrags-einnahmen stehen, ebenfalls bei der Einkommensermittlung ausscheiden.

Tz. 37 Da aus den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben im Jahr 2022 ein Verlust resultiert, sind keine Steuern vom Einkommen und Ertrag angefallen.

7. Jahresüberschuss € 128.967,35
(Vorjahr: € 197.832,79)

In Übereinstimmung mit der Bilanz, vgl. Anlage 1.

ANLAGEN

econsense - Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e.V.,
Berlin

Bilanz zum 31. Dezember 2022

| A K T I V A | 31.12.2022 | | 31.12.2021 | | P A S S I V A | 31.12.2022 | | 31.12.2021 | |
|---|------------------|--------------------------|------------------|--------------------------|---|-------------------|--------------------------|-------------------|--------------------------|
| | € | € | € | € | | € | € | € | € |
| A. Anlagevermögen | | | | | A. Eigenkapital | | | | |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | | | | | I. Gewinnvortrag | 645.679,36 | | 447.846,57 | |
| Internetlizenz | 6.807,00 | | 7.828,00 | | II. Jahresüberschuss | <u>128.967,35</u> | 774.646,71 | <u>197.832,79</u> | 645.679,36 |
| II. Sachanlagen | | | | | B. Rückstellungen | | | | |
| Geschäftsausstattung | <u>50.941,00</u> | 57.748,00 | <u>58.413,00</u> | 66.241,00 | Sonstige Rückstellungen | <u>18.500,00</u> | 18.500,00 | <u>21.200,00</u> | 21.200,00 |
| B. Umlaufvermögen | | | | | C. Verbindlichkeiten | | | | |
| I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | | | | | 1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 9.606,36 | | 23.425,85 | |
| 1. Beitragsforderungen | 689,53 | | 35.565,00 | | 2. Sonstige Verbindlichkeiten | <u>10.620,01</u> | 20.226,37 | <u>12.215,95</u> | 35.641,80 |
| 2. Sonstige Vermögensgegenstände | <u>24.578,73</u> | 25.268,26 | <u>34.899,96</u> | 70.464,96 | D. Rechnungsabgrenzungsposten | | 0,00 | | 40.904,00 |
| II. Flüssige Mittel | | <u>730.356,82</u> | | <u>606.034,32</u> | | | | | |
| | | 755.625,08 | | 676.499,28 | | | | | |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | | 0,00 | | 684,88 | | | | | |
| | | | | | | | | | |
| | | <u>813.373,08</u> | | <u>743.425,16</u> | | | <u>813.373,08</u> | | <u>743.425,16</u> |

**econsense - Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e.V.,
Berlin**

**Gewinn- und Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022**

| | € | 2022 € | € | 2021 € |
|--|-------------|---------------------|-------------|--------------------|
| 1. Mitgliedsbeiträge | | 922.044,32 | | 813.819,00 |
| 2. Sonstige Erträge | | 190.858,29 | | 47.921,67 |
| | | 1.112.902,61 | | 861.740,67 |
| 3. Personalaufwand | | | | |
| a) Gehälter (einschl. Mutterschaftsgeld etc.) | -504.507,01 | | -382.866,69 | |
| b) Soziale Abgaben | -103.529,69 | | -81.915,05 | |
| | | -608.036,70 | | -464.781,74 |
| 4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen | | -11.036,94 | | -26.594,88 |
| 5. Sachaufwendungen | | | | |
| a) Veranstaltungskosten | -102.523,37 | | -9.624,57 | |
| b) Miete und Mietnebenkosten | -90.713,11 | | -54.602,79 | |
| c) Werbekosten | -22.653,44 | | -9.648,91 | |
| d) Reisekosten | -5.982,86 | | -2.467,92 | |
| e) Internet | -26.216,31 | | -13.974,89 | |
| f) Übrige | -12.025,79 | | -16.546,08 | |
| g) Bewirtungskosten | -1.625,71 | | -1.068,51 | |
| h) Buchführung | -14.533,41 | | -9.790,23 | |
| i) Mitgliedsbeiträge u.a. CSR EUROPE | -8.631,07 | | -7.845,77 | |
| j) Abschlusskosten | -15.049,04 | | -19.799,49 | |
| k) Rechts- und Beratungskosten | -9.733,90 | | -10.306,96 | |
| l) Fortbildungskosten | -7.237,67 | | -6.130,40 | |
| m) Porto, Kurier | -131,92 | | -148,26 | |
| n) Bürobedarf | -1.417,05 | | -289,60 | |
| o) Nebenkosten des Geldverkehrs | -1.924,17 | | -1.671,14 | |
| p) Telefon | -1.964,26 | | -2.113,11 | |
| q) Mietkosten Möbel/Kopierer etc. | -37.072,50 | | -1.759,34 | |
| r) Kopien | -196,86 | | 0,00 | |
| s) Künstlersozialabgabe | -710,60 | | -426,66 | |
| t) Zeitschriften, Bücher | -4.518,70 | | -4.316,63 | |
| | | -364.861,74 | | -172.531,26 |
| | | 128.967,23 | | 197.832,79 |
| 6. Steuern vom Einkommen und Ertrag | | 0,12 | | 0,00 |
| 7. Jahresüberschuss | | 128.967,35 | | 197.832,79 |

Hinweise zu Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt

Im Prüfungsbericht fasst der Abschlussprüfer die Ergebnisse seiner Arbeit insbesondere für jene Organe des Unternehmens zusammen, denen die Überwachung obliegt. Der Prüfungsbericht hat dabei die Aufgabe, durch die Dokumentation wesentlicher Prüfungsfeststellungen die Überwachung des Unternehmens durch das zuständige Organ zu unterstützen. Er richtet sich daher - unbeschadet eines etwaigen, durch spezialgesetzliche Vorschriften begründeten Rechts Dritter zum Empfang oder zur Einsichtnahme - ausschließlich an Organe des Unternehmens zur unternehmensinternen Verwendung.

Unserer Tätigkeit liegen unser Auftragsbestätigungsschreiben zur Prüfung der vorliegenden Rechnungslegung und die „Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften“ in der vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. herausgegebenen Fassung vom 1. Januar 2017 zugrunde.

Der vorliegende Prüfungsbericht ist ausschließlich dazu bestimmt, Grundlage von Entscheidungen der Organe des Unternehmens zu sein, und ist nicht für andere als bestimmungsgemäße Zwecke zu verwenden, sodass wir Dritten gegenüber keine Verantwortung, Haftung oder anderweitige Pflichten übernehmen, es sei denn, dass wir mit dem Dritten eine hiervon abweichende schriftliche Vereinbarung geschlossen hätten oder ein solcher Haftungsausschluss unwirksam wäre.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass wir keine Aktualisierung des Prüfungsberichts und/oder Bestätigungsvermerks hinsichtlich nach der Erteilung des Bestätigungsvermerks eintretender Ereignisse oder Umstände vornehmen, sofern hierzu keine gesetzliche Verpflichtung besteht.

Wer auch immer Informationen dieses Prüfungsberichts zur Kenntnis nimmt, hat eigenverantwortlich zu entscheiden, ob und in welcher Form er diese Informationen für seine Zwecke nützlich und tauglich erachtet und durch eigene Untersuchungshandlungen erweitert, verifiziert oder aktualisiert.

Sofern wir auftragsgemäß von diesem Prüfungsbericht auch eine elektronische Kopie zur Verfügung stellen, weisen wir darauf hin, dass in Zweifelsfällen nur die Papierform des Prüfungsberichtes maßgeblich ist.

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unrechtmäßiger Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.